

**Projektland: Mongolei****Quartal/Jahr: Juli bis September 2010****Aktuelles aus der mongolischen Politik und Wirtschaft**

- 1. Politik**
 - 1.1. Der Staatspräsident**
 - 1.2. Das Parlament**
 - 1.3. Die Regierung**
- 2. Wirtschaft und Soziales**
- 3. Parteien und bürgerliche Bewegungen (NGO-s)**
- 4. Sonstiges**
- 5. Zusammenfassung**

1.1. Der Staatspräsident

Nach seiner Wahl als Staatspräsident initiierte Herr Ts. Elbegdorj die Gründung einer Empfangshalle für die Bürger beim Staatspräsidenten, die dazu berufen sind, die Anträge, Wünsche und Anliegen der Bürger hinsichtlich der Politik und der Tätigkeit der höchsten staatlichen Gremien, wie das Parlament und die Regierung, der staatlichen Behörden und Beamten entgegen zu nehmen. Die von den Bürgern vorgetragenen Anträge und Anliegen werden an die zuständigen Behörden weitergeleitet mit dem Ziel, die Vorschläge in den Gesetzen und anderen staatlichen Akten niederzulegen. Es werden auch Treffen und Diskussionen mit den Repräsentanten der entsprechenden staatlichen Organe und NGOs, organisiert.

Diese Form der Anhörung der Bürger (der Wähler) wird international hoch eingeschätzt. Die deutsche Bertelsmann-Stiftung hat beispielsweise entschieden, den Reinhard-Mohn-Preis für 2010 den Initiatoren dieser Empfangshalle zu verleihen.

Die neuste Initiative des Staatspräsidenten erging Ende August 2010 hinsichtlich des Berges Burkhan Khaldun in der Gebirgskette Khan Khentii im Khentii- Aimag. Die Gegend um Burkhan Khaldun und der Berg selbst werden von den Mongolen als ein heiliger Ort verehrt, wo die Vorfahren von Dschingis-Khan und er selbst lebten. Alle zwei Jahre kommen die Pilger, und an deren Spitze der Staatspräsident, um dem heiligen Berg und dem Andenken vom Großkhan Ehre zu erweisen. Der Berg ist dicht bewaldet und auch die Umgebung um ihn gilt als eine Naturschönheit. Nichtsdestotrotz haben die staatlichen Behörden, an erster Stelle das Ministerium für Umwelt und Tourismus, einem mongolisch-chinesischen Unternehmen eine Lizenz zur Goldförderung erteilt, wonach sie die unberührte Natur verletzen, d.h. die Bäume wurden ausgerodet und ein Bergbach für die Goldwäsche benutzt. Wie der TV-Kanal C1 in der letzten Woche berichtete, es kamen zu der Goldförderungsstelle Vertreter von 11 mongolischen NGOs, um den heiligen Berg und

dessen Umgebung von weiteren Eingriffen zu schützen. Durch seinen Erlass beauftragte der Staatspräsident die mongolische Regierung, sich an UNESCO mit dem Vorschlag zu wenden, den Berg Burkhan Khaldun zu einem Weltkulturerbe zu erklären. Dabei begründet er seine Initiative mit der geschichtlichen und traditionellen Bedeutung des Berges.

Parlament

Am 09. Juli 2010 endete die Frühjahrstagung des Großen Staatskhurals (des Parlaments). Die Herbsttagung des Parlaments beginnt am 01. Oktober d.J.

Auf die Initiative der Regierung der Mongolei beschloss das Parlament, die Arbeiten zur Erschließung und Nutzung der Lagerstätte Tavan Tolgoi, die die größten Vorräte an Koks-kohle beherbergt, zu beginnen.

In den letzten Wochen vor dem Tagungsschluss musste sich das Parlament mit dem Antrag des Generalstaatsanwalts über die Amtsaussetzung des Leiters des Hauptamts zur Korruptionsbekämpfung Herrn Ch. Sangaragcha, und seines Stellvertreters wegen des Verdachts der Unterschlagung des Staatseigentums und des Verstoßes gegen seine Amtspflichten beschäftigen. Die Plenarsitzung des Parlaments verwies diese Angelegenheit an den Rechtsausschuss, der seinerseits die Sache an den Unterausschuss für Abgeordneten-Ethik und Kontrollunterausschuss weiterleitete. Die Sache wurde so lange verschleppt, dass die im einstweiligen Gesetz festgelegte Frist von 14 Tagen trotz der mehrmaligen Mahnungen des Generalstaatsanwalts nicht eingehalten werden konnte. So wurde die Behandlung dieser Frage bis zum Beginn der Herbsttagung des Parlaments verschoben.

1. 3. Die Regierung

Gemäß dem Beschluss des Parlaments beschäftigte sich die mongolische Regierung vor allem mit der Frage der Nutzung der Lagerstätte Tavan Tolgoi. Es wurde von der Regierung eine Ausschreibung in zwei Etappen angekündigt. Die erste Ausschreibung, die bis zum 21.09.2010 ging, macht zur Hauptbedingung, dass der Gewinner in einem Jahr 15 Millionen Tonnen Koks-kohle fördert. An der Ausschreibung beteiligten sich neun Unternehmen aus sechs Ländern, darunter ein deutsches Unternehmen mit dem Firmennamen „BBM Operta group“. Außerdem haben sich zwei mongolische, zwei chinesische, zwei australische, ein mongolisch-kanadisches und ein südkoreanisches Unternehmen angemeldet. Es ist augenfällig, dass dabei international bekannte große Unternehmen fehlen. Es ist anzunehmen, dass diese an der zweiten Ausschreibung, die nach der Auswertung der ersten angekündigt wird, teilnehmen.

Zu den wichtigen Ereignissen im außenpolitischen Bereich war zweifelsohne der offizielle Besuch Mitte August d.J. des deutschen Bundesministers für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Herrn Dirk Niebel, der eine größere Delegation von Politikern und Geschäftsleuten leitete. Während seines Besuchs wurde Herr Niebel vom Ministerpräsidenten der Mongolei, Herrn S. Batbold, und dem Parlamentspräsidenten, Herrn Z. Demberel, empfangen. Sein Gastgeber war der mongolische Finanzminister S. Bayarzogt. Die deutsche Delegation besuchte die Koks-kohlelagerstätte Tavan Tolgoi, das kanadische Unternehmen zur Goldförderung Boroo Gold und die Stadt Darkhan. Während seines Besuchs kündigte der Bundesminister an, dass die deutsche Regierung beschlossen habe, zu den 24 Millionen Euro-Entwicklungshilfe weitere 3 Millionen Euro der Mongolei zusätzlich zu gewähren.

Am 22. September 2010 unterschrieben der mongolische Außenminister G. Zandanshatar und der US-Amerikanische Vize-Minister für Energie, Herr Daniel B. Ponemann, ein Memorandum über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern im Kernenergiesektor zu friedlichen Zwecken.

Am 27.09. 2010 wurde von dem Minister der Finanzen der Mongolei S. Bayartsogt und dem Botschafter der USA in der Mongolei Jonatan Edlton zwei Verträge über die Gewährung der Mongolei einer unentgeltlichen Hilfe in Höhe von 9,5 Mio. US-Dollar durch die USAID unterzeichnet. Dieses Geld ist ein Teil der Hilfe der USA unserem Land bei der

Entwicklung der Demokratie und der Marktwirtschaft, die sie der Mongolei seit 1991 gewähren. In diesem Zeitraum haben die USA 100 Mio. US-Dollar für die Entwicklung der Demokratie und 25 Mio. Dollar für die Entwicklung der Marktwirtschaft in der Mongolei übergeben.

Zur Zeit weilt der Premierminister, Herr S. Batbold, in New York, der an der Arbeit der Vollversammlung der UNO teilnimmt. Zuvor nahm er am Treffen der 140 Staats- und Regierungschefs, auf dessen Tagesordnung die Erfüllung der Millennium-Ziele stand, teil. Herr S. Batbold hat auch offizielle Gespräche mit den Vertretern der amerikanischen Regierung und des Business geführt.

Anschließend besuchte der Premierminister Kanada, wo er Gespräche mit dem Premierminister dieses Landes, Sir Steven Harper, führte. Dabei unterstrich der mongolische Premier, dass Kanada ein Musterland für die Mongolei sein kann.

2. Wirtschaft und Soziales

Wie schon oben erwähnt, waren die Fragen der Förderung und Nutzung der Kokskohle der Lagerstätte in Tavan Tolgoi einer der zentralen Punkte in der Tätigkeit der Regierung. Auch die Nutzung der Kupfer- und Goldvorkommen in Oyutolgoi nimmt einen wichtigen Platz bei der Arbeit des Parlaments und der Regierung ein. Nach wie vor bereiten die unerfüllten Wahlversprechen der beiden Koalitionsparteien, der MRVP und der Demokratischen Partei (DP), jedem Bürger der Mongolei 1,5 bzw. 1 Million Tugrik ausbezahlen, ihnen ein großes Kopfzerbrechen. Diese Wahlversprechen hofft die Koalitionsregierung durch die Vorschüsse, die von dem Unternehmen Oyutolgoi und dem Unternehmen, das bei der Ausschreibung hinsichtlich Tavan Tolgoi gewinnt, einzulösen. Es war von vorn herein klar, dass der Staat bzw. die Regierung nicht über solche Gelder verfügt, und die Regierung versucht jetzt auf verschiedene Art und Weise dieses Problem zu lösen. Ab der ersten Julihälfte wurden 70.000 Tugrik (umgerechnet etwa 41 Euro) an alle Bürger der Mongolei ausgezahlt. Ab 1. August 2010 werden monatlich 10.000 Tugrik (etwa 6 Euro) bis Jahresende gezahlt. Die Auszahlung dieser Summe von insgesamt 50.000 Tugrik verbindet der Staat mit der Registrierung beim staatlichen Zentralregister, weil den Bürgern, die nach 1951 geboren sind, das Geld nur gegen Vorlage einer gültigen Geburtsurkunde ausgezahlt wird. Leider haben sehr viele Bürger keine Geburtsurkunden, weil sie sie verloren oder gar nicht bekommen haben, so dass sie gezwungen sind, sich an das Archiv des Meldeamts zu wenden, so dass dort ein grosses Gedränge herrscht, was ein stundenlanges, oft ein tagelanges Warten zur Folge hat. Mit dieser strengen Regelung der Geldauszahlung wollen die staatlichen Behörden eine möglichst exakte Erfassung aller mongolischen Bürger durch die Volkszählung, die am 05.07.2010 begann, erreichen. Z.Z. hat die Mongolei nach offizieller Einschätzung etwa 2,7 Mio. Einwohner.

Ab 01.01.2011 verspricht die Regierung monatlich 21.000 Tugrik jedem Bürger ausbezahlen. Für die Studenten, die an mehr als hundert Universitäten und Hochschulen studieren, will das Ministerium für Bildung deren Studiengebühren, die sie jedes Jahr im voraus voll zahlen müssen, um 500.000 Tugrik reduzieren, d.h. der Staat wird diese Summe an die Unis und Hochschulen zu Beginn des 2. Semesters überweisen. Darüber sind natürlich die Bildungseinrichtungen nicht erfreut, weil sie nicht sicher sind, dass dieses Geld vom Staat auch kommt. Für ein Studienjahr an einer Uni oder Hochschule müssen die Studenten im Durchschnitt 1.000.000 Tugrik bezahlen (etwa 590 Euro).

Ab 1. Oktober 2010 will die Regierung die Löhne, Gehälter, Renten und Sozialhilfe um 30 Prozent erhöhen. Die Gewerkschaften verlangen, dass die Gehalts- und Lohnerhöhung für alle Staatsangestellten ausgeglichen werden müsse, denn sonst bekommen die Mehrverdiener, z.B. die hochrangigen Staatsbeamten einen Zusatz von 108.000 Tugrik, während die Staatsangestellten der unteren Stufen, zu welchen z.B. Ärzte, Lehrer und Polizisten gehören, eine Gehaltserhöhung um nur 36.000 Tugrik erhalten würden. Die Gewerkschaften verlangen Verhandlungen mit einer Beteiligung der Vertreter der Regierung, der Gewerkschaften und des Arbeitgeberverbandes, bevor ein entsprechendes Gesetz vom Parlament verabschiedet wird.

Auf Widerstand der Gewerkschaften stößt auch der Umgang mit dem Geld, das für die Krankenversicherung von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte gezahlt wird,

durch die staatlichen Behörden. Anstatt für die Krankenversicherung der Bürger und die Verbesserung der medizinischen Versorgung durch die Krankenhäuser genutzt zu werden, fließt dieses Geld (etwa 90 Milliarden Tugrik) größtenteils in das Staatsbudget ein. Das ist die Ursache für die Missstände bei der medizinischen Betreuung der Bürger, denn das Geld, das von den Beiträgen übrig bleibt, reicht z.B. für eine stationäre Behandlung nur für zehn Tage aus. Für Labortests oder eine Untersuchung mit teuren medizinischen Geräten, müssen die Patienten selbst bezahlen, wenn die Kosten für einen Test oder eine Untersuchung 30.000 Tugrik (etwa 17 Euro) übersteigen. Die Gewerkschaften verlangen, dass das Geld, das von den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer kommt, vollständig für die Krankenversicherung der Bürger verwendet wird, damit sie bei ambulanten oder stationären Behandlung von dem Geld, das sie gezahlt haben, auch einen Nutzen haben ziehen können. Z. B. müssen die Patienten, um eine Behandlung in einer Spezialklinik zu bekommen, offizielle Überweisungen von den Krankenhäusern, die sich in ihrem Wohnort befinden, vorweisen.

In den privaten Krankenhäusern muss der Patient fast ausschließlich selbst für die Kosten aufkommen.

In diesem Jahr wird eine gute Ernte erwartet. Wenn es gelingt, 330.000 Tonnen Getreide zu ernten, so wird das Land in der Lage sein, sich selbst mit Mehl zu versorgen. Auch mit Kartoffeln und Speisegemüse wird man für ein ganzes Jahr versorgt sein. Ein Problem stellen die Speicher und Lager für die Aufbewahrung der Ernte dar.

3. Parteien und bürgerliche Bewegungen (NGO-s)

Die beiden großen Parteien, die MRVP und die Demokratische Partei, die eine Koalitionsregierung gebildet haben, sind bemüht, durch innerparteiliche Maßnahmen zu den nächsten Parlamentswahlen gut gerüstet zu kommen. So hat die MRVP auf ihrer Parteikonferenz heftig über die Namensänderung und die Änderung ihrer politischen Orientierung diskutiert. So tritt besonders die Parteispitze für die Streichung aus dem Parteinamen der Bezeichnung „revolutionäre“ ein. Dann würde die Partei „Monoglische Volkspartei“ heißen, so wie sie bei ihrer Gründung 1921 geheißen hat. Zu ihrer politischen Orientierung will ein Teil der Parteimitglieder die national- demokratische Anschauung proklamieren. Zur Zeit gilt diese Partei als eine sozial-demokratische Partei und ist Mitglied der Sozialistischen Internationale. Aber wie die ideologischen Anführer dieser Partei beteuern, wird die MVP eine Mitte-Links-Partei bleiben.

Die Frage der Namensänderung und der politischen Orientierung wird auf dem nächsten Parteitag im November 2010 entschieden.

Unter den Mitgliedern der DP sind Stimmen zu hören, die die Bildung einer Koalitionsregierung mit der MRVP als einen Fehler betrachten. Es wird manchmal auch die Meinung vertreten, dass die Mitglieder der DP, die als Minister in der Koalitionsregierung tätig sind, aus der Regierung austreten sollen. An der Spitze der DP gibt es zwei Gruppierungen, die manchmal Meinungsunterschiede in den Fragen der Parteiführung bekunden. Es handelt sich um die Gruppierung „Polarstern“ um den jetzigen Parteivorsitzenden und den 1. Vize- Premierminister Altankhuyag und die Union der demokratischen Kräfte, geführt von den Parlamentsabgeordneten Z. Enkhbold und Batkhoo.

Auch DP will ihren Parteitag, den sogenannten Nationalen Beratenden Ausschuss, im November d.J. abhalten.

Die bürgerlichen Bewegungen sind besonders, was den Umwelt- und Naturschutz angeht, aktiv. Besonders starken Zorn und Unwillen lösen bei ihnen die gesetzwidrigen und die umweltschädigenden Handlungen der Goldförderungsunternehmen. Die Konflikte und die Auseinandersetzungen zwischen den Leaders der NGO-s und der örtlichen Bevölkerung, einerseits, und den Belegschaften der Unternehmen, insbesondere der Security- Teams, andererseits, haben mancherorts zu Schießereien, zweimal mit tödlichen Ausgang geführt. Der Gebrauch von Waffen erfolgte z.B. in Umnigobi Sum in Uws-Aimag, in Gobi-altai-Aimag und in der Siedlung Tunkhel im Mandal-Sum von Selenge-Aimag. Meistens richteten sich die Kampfhandlungen gegen die chinesischen Goldförderunternehmen, die nicht nur der Natur, sondern auch der einheimischen Bevölkerung und ihren Tieren durch die

Zerstörung der Weiden und der Wälder, die Verschmutzung und Verseuchung, manchmal die Absperrung der Trinkwasserquellen dem Mensch und dem Tier große Schäden anrichten. Zu den Unternehmen mit den räuberischen Methoden kommen auch die sogenannten Ninjas, die privaten Goldgräber, hinzu, die willkürlich und ohne jegliche Erlaubnis graben und die Natur schädigen.

Den Zeitungsberichten zufolge sind über 30 Prozent des Gebiets der Mongolei aufgrund der Lizenzen zur Förderung oder Erkundung von Bodenschätzen den ausländischen und den inländischen Unternehmen freigegeben.

Im Südgobi-Aimag sind über 570 Lizenzen vergeben worden, was 70 bis 80 Prozent seines Territoriums ausmacht. Im Nomgon-Sum dieses Aimags, der über 19.000 m² großes Gebiet verfügt, sind 60 Lizenzen vergeben, das heißt, dass 70 bis 80 Prozent seines Gebiets mit Lizenzen besetzt sind. Und das geschieht in einem Gebiet, das eigentlich gesetzlich geschützt ist. Einige Lizenzen erfassen sogar Grenzgebiete (Niemandland), wo jeder Durchgang verboten ist. Also haben die chinesischen Unternehmen einen direkten Zugang zu der chinesischen Grenze in das Gebiet der VR China (siehe dazu „Zuunii medee“ vom 24.09.2010, Nr. 229 (3607), S.11).

Im Dornod-Aimag, im Matad-Sum beschäftigt sich das chinesische Unternehmen „Petrochina Dachin Tamsag“ seit 12 Jahren laut der vergebenen Lizenz mit der Erdölerkundung. Aber in Wirklichkeit wird von dort massenweise Erdöl nach China ausgeführt. Die Infrastruktur in dem Ort ist unterentwickelt. In den vergangenen 12 Jahren hat das chinesische Unternehmen 3,7 Millionen Barrel Erdöl nach China exportiert. Es ist eigentlich genug Zeit vergangen, um z.B. eine Erdölraffinerie aufzubauen. International gilt die Regel, dass für die Erkundung höchstens vier Jahre eingeräumt werden. Allein im Gebiet Tamsag wurden 699 Bohrungen gemacht. In den 122 Bohrlöchern hat man Erdöl gefunden (siehe Zeitung „Mongolyn medee“ Nr. 191 (3020) vom 24.09.2010, Seiten 1 und 7).

Die Regierung beabsichtigt, die Frage der Lizenzvergabe zu behandeln. Es wird davon geredet, dass ein Teil der Lizenzen aufgehoben werden soll. In einem Fernsehinterview hatte der Präsident der Assoziation für Bodenschätze behauptet, dass in diesem Fall der Staat einen Schadenersatz an die betroffenen Unternehmen leisten müsse.

Die internationale Organisation UCR, die ihr Hauptquartier in den USA hat, veröffentlichte auf ihrer WEB-Site Informationen über den illegalen Handel mit den Falken. Unter den potenziellen Verletzern der internationalen Vorschriften, wie die Könige und Scheichs einiger arabischen Staaten, z.B. der Vereinigten Emirate und Saudi-Arabiens, ist der ehemalige Minister für Umwelt der Mongolei, Herr Z. Adyasuren (DP) erwähnt, der den Handel mit den Falken begonnen hat (1996). Von der damaligen Zeit bis jetzt sind alle mongolischen Umweltminister, einschließlich des jetzigen Ministers L. Gansukh sowie der ehemaligen Botschafter in Kasachstan, Herr Sch. Gungaadorj und Sairan (übrigens ist Herr Sairan z.Z. als mongolischer Botschafter in Kuwait tätig) mit dem Falkenhandel beschäftigt gewesen oder sind es immer noch. Seit 1996 wurden jährlich 200 bis 300 Falken in die arabischen Länder ausgeführt. Der jetzige Umweltminister L. Gansukh kündigte an, 240 Falken in diesem Jahr auszuführen, aber vor kurzem steigerte er die Zahl der zu exportierenden Falken um weitere 60 Vögel. Wenn man nach der obigen Statistik rechnet, so haben in den vergangenen 16 Jahren etwa 3100 bis 4200 Vögel die Mongolei auf diesem Wege verlassen (siehe: Zeitung „Udriin sonin“ Nr. 226 (3616) vom 23.09.2010, Seiten 1 und 11).

In ihrem Zeitungsinterview gibt Frau Z. Tuyatsetseg, die ein Mitglied einer NGO mit dem Namen „Bürgerrat für den Umweltschutz der Mongolei“ ist, bekannt, dass die ehemaligen Umweltminister, die Herren Erdenebat und Schiilegdamba diejenigen waren, die die ersten Lizenzen für den Bau von Wohnvierteln im Naturschutzpark Bogdo Uul und an den Ufern des Tuul Flusses im südlichen Teil von Ulaanbaatar vergaben. Jetzt ist dieses Gebiet mit Hochhäusern und Wohnvierteln vollgestopft.

Überhaupt geht in der Mongolei der Begriff Häuserbau mit den Begriffen wie Kaputtmachen oder Zerstören einher. Der chaotische Bau von Häusern lebt wieder auf, nachdem es eine Zeit lang, besonders nach dem Bankrott von einigen Banken still geworden war. Die mongolischen Bauunternehmen holen für den Bau von größeren Objekten meistens Arbeitskräfte aus China zum großen Unbehagen der Bevölkerung und einiger

nationalistischer Gruppierungen, wie "Dayar Mongol". Tausende chinesische Bauarbeiter, die auf den Baustellen arbeiten, sind manchmal eine Gefahr für die Anwohner und die Umgebung. Am 22.08.2010 schlugen die chinesischen Bauarbeiter, die beim Bau eines Laborgebäudes des Hauptamtes für professionelle Kontrolle arbeiteten, mehrere mongolische Bürger, darunter zwei Polizisten, zusammen. Der Krawall begann, als die Chinesen begannen, aus ungeklärtem Grund die Security-Leute zu schlagen. Als die beiden Polizisten ihnen zur Hilfe eilten, wurden sie mit Brechstangen, eisernen Rohren und Spaten geschlagen, wobei sie schwere Verletzungen am Kopf, am Rücken und Armen und Füßen erlitten. Bei einem Polizisten platzte die Harnblase vermutlich infolge eines Fusstritts, so dass er operiert werden musste. Auch die acht Mitglieder der Bewegung "Dayar Mongol", die den Polizisten helfen wollten, wurden brutal geschlagen und schwer verletzt. Die Verletzten wurden stationär behandelt. Über ihren jetzigen Gesundheitszustand wird nicht berichtet, denn die offiziellen mongolischen Instanzen verboten den Massenmedien Rücksicht auf die mongolisch-chinesischen Beziehungen zu nehmen.

Derartige Zusammenstöße zwischen den Mongolen und Chinesen steigen zahlenmäßig an.

4. Sonstiges

Im August d.J. wurde in einem Gericht erster Instanz ein Strafverfahren wegen Hochverrat geführt. Der Beschuldigte Ts. Jargalsaikhan, Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung soll geheime Dokumente über die Gespräche der mongolischen Regierung mit dem chinesischen Premierminister während seines Besuchs in der Mongolei Anfang Juni d.J. einem Mitarbeiter der RF in der Mongolei übergeben haben. Der Beschuldigte wurde zu 17 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Das Besondere in diesem Fall ist der Tatbestand und ein besonders hohes Strafmaß. Unseren Wissens wurde in dem Zeitraum nach dem 2. Weltkrieg noch niemand oder in ganz seltenen Fällen jemand wegen Hochverrat verurteilt. Der Beschuldigte legte Berufung gegen das Gerichtsurteil ein. Nach den Worten des Vaters des Beschuldigten, der eine Mitteilung für die Presse machte, handle es sich bei den genannten Dokumenten nicht um geheime Unterlagen.

Am 17.09.2010 wurde in London der Leiter des Arbeitsapparats des Nationalen Sicherheitsrats, dem der Staatspräsident, der Premierminister und der Parlamentspräsident der Mongolei angehören, von der britischen Polizei festgenommen. Wie ein Pressesprecher des mongolischen Außenministeriums im nachhinein mitteilte, wurde Herr B. Khurts, so der Name des Festgenommenen, in Verbindung mit der Verschleppung 2003 des mongolischen Bürgers D. Enkhbat, der damals in Frankreich lebte, durch eine Geheimdienstgruppe über Frankreich, Belgien und die Bundesrepublik Deutschland ohne die vorherige Abstimmung bzw. Genehmigung der zuständigen Behörden dieser Länder. Herr B. Khurts soll damals die operative Gruppe geleitet haben. In diesem Zusammenhang haben die zuständigen Organe der betreffenden Länder, insbesondere die BR Deutschland, Haftbefehle gegen Khurts und die Anderen innerhalb der EU erlassen. Wie aus der Presseerklärung verlautet, haben Khurts und die Gruppe nach einem Befehl gehandelt, wonach D. Enkhbat, der wegen Mord an S. Zorig am 02.10.1998 verdächtigt wurde, aus Frankreich gebracht werden sollte. D. Enkhbat ist nach seiner Verhaftung während des Ermittlungsverfahrens wegen Tuberkulose im Gefängnis gestorben, berichteten die Massenmedien (sieh dazu u.a. die Zeitungen „Unen“ Nr. 192 (21675) vom 30.09. 2010, „Ugluunii sonin“ Nr. 190 (1019) vom 29.09.2010, „Niigmiin toli“ Nr.212 (1229) vom 30.09.2010)

5. Zusammenfassung

1. Aufgrund der oben geschilderten Fakten, wie die Schädigung der Natur, Zerstörung der Existenzgrundlagen der einheimischen Bevölkerung (der Viehzüchter), der Haus- und der wilden Tiere durch Unterwanderung oder eine direkte Verletzung der Gesetze, kommt man logischerweise unweigerlich zur Schlussfolgerung, dass der Hauptgrund und die Hauptverursacher dieser Missstände die korrupten mongolischen Amtsträger (Politiker, Minister, Staatsbeamten aller Instanzen) sind. In dem Bericht sind nur einige Bereiche

genannt, in denen die Umweltzerstörung vor sich geht. Unbenannt bleiben z.B. solche Probleme wie die Luftverschmutzung in der Hauptstadt durch das Verheizen in der Jurtensiedlungen am Stadtrand von roher Kohle, die Autoabgase von den Tausenden von LKW-s, die eigentlich laut der Straßenverkehrsordnung nicht fahren dürften, die Versteppung (Wüstenbildung) der Weiden, die Überweidung, die Übervolkerung in der Hauptstadt, in der z. Z. die Hälfte der mongolischen Bevölkerung lebt, die überfüllten Schulen und Kindergärten und etc. Das Paradoxe ist, dass die obengenannten Zuwiderhandlungen in vielen Fällen als gesetzmäßig angesehen werden müssen, denn die meisten Abgeordneten und die Minister selbst Unternehmer sind oder den Großunternehmen durch die Verabschiedung der ihnen genehmen Gesetze dienlich werden.

2. Den Ausweg aus dieser Sackgasse, in die die Mongolei infolge der falschen oder vorsätzlich falschen Entscheidungen der Gesetzgeber und der Exekutive geraten ist, sind eigentlich in einem demokratischen Staat die Wahlen. Ob es bei den nächsten Parlamentswahlen gelingt, den richtigen Leute das Staatsruder zu übergeben, ist zweifelhaft, denn die Abgeordneten der beiden Regierungsparteien sind schon jetzt bemüht, das vorhandene Kräfteverhältnis durch eine sehr hochgelegte Hürde von 7 Prozent zu erhalten, und den kleineren Parteien ihre Chance zum Wahlerfolg zu verhindern. Das neue Wahlgesetz, das noch bestätigt werden muss, wird auch festlegen, ob bei den nächsten Wahlen das Mehrheitswahlssystem oder das Verhältniswahlssystem oder gemischtes System angewendet werden soll. Bis jetzt galt immer das Mehrheitswahlssystem. Man kann mit Sicherheit behaupten, dass die meisten Wähler die Zusammensetzung des jetzigen Parlaments und der Regierung nicht mehr sehen wollen, es sei denn sie werden von den Kandidaten der beiden Parteien massiv bestochen.

3. Die Mongolei kann nicht allein die großen Probleme bei dem Umwelt- und Naturschutz lösen. Denn die Stimme des Volkes gegen die Zerstörung der Umwelt wird von den Politikern einfach überhört oder ignoriert. Da der Schutz und die Erhaltung der Natur auch eine lebenswichtige Frage der ganzen Menschheit ist, sollten die nationalen und die internationalen Organisationen für den Umwelt- und Artenschutz in dieser Frage einschalten.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: M. KHATANBAATAR
REDAKTION: PROF. DR.HABIL. TS. SARANTUYA
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-369 – FAX +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT AM: 05.10.10